

Antrag

**der Abgeordneten Eckard Graage, Dennis Thering, Dennis Gladiator,
Richard Seelmaecker, André Trepoll (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Erfolgreiche Verbundeinsätze nicht gefährden – Zoll-Spezialeinheit KEV
in Hamburg muss erhalten bleiben!**

Seit der Corona-Pandemie hat der Senat endlich erfreulicherweise unsere Forderung (Drs. 22/2134, 22/7665, 22/10684) nach Verbundeinsätzen aufgegriffen, die sich seit Jahren in Berlin und Nordrhein-Westfalen bewährt haben. Bei diesen Einsätzen wurden in Hamburg nicht nur Verfehlungen gegen die Vorschriften der Eindämmungsverordnung festgestellt, sondern auch zahlreiche Verstöße gegen weitere Vorschriften. „Es werden in den überprüften Räumlichkeiten Spielautomaten vorgefunden, für deren Betrieb es keine Genehmigung gibt. Regelmäßig besteht der Verdacht des illegalen Glücksspiels. Immer wieder werden Lokale ohne Schankerlaubnis festgestellt. Es kommt immer wieder zu Funden von hohen Bargeldbeträgen, mit ungeklärter Herkunft und dem Verdacht der Geldwäsche und illegaler Beschäftigung. Außerdem werden immer wieder Personen festgestellt, deren Aufenthaltsstatus ungeklärt ist.“, heißt es in der Ausgabe des Magazins der GdP „Deutsche Polizei“ aus dem Januar 2022.

Auch der Senat hat in der Antwort auf unsere Große Anfrage, Drs. 22/6589, die Durchführung von Verbundeinsätzen positiv beurteilt: „Konzertierte Aktionen unterschiedlicher Behörden haben sich bewährt, da aufgrund vorhandenen Sachverständes schnell und effizient die festgestellten Sachverhalte weiterverfolgt werden können. Die gebündelte Expertise führt zu einer vollumfänglichen, rechtssicheren sowie zielorientierten Überwachung der Betriebe. Zudem ist davon auszugehen, dass die Kontrollen und die Presseberichterstattung auch eine präventive Wirkung entfalten.“

Die erfolgreiche Durchführung dieser Verbundeinsätze in Hamburg ist nun akut gefährdet, da der Zoll aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen seine „Kontrolleinheit Verkehrswege“ (KEV) in Hamburg auflösen will. Das „Hamburger Abendblatt“ berichtete in seiner Ausgabe vom 27. Februar 2023: „Das ist eine Maßnahme, die unnötigerweise der inneren Sicherheit Hamburgs schadet“, sagt Sebastian Harms von der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft. „Es wird absehbar weniger Kontrollen im Hamburger Stadtgebiet im Rahmen der Steueraufsicht auch in Shisha-Bars und Tabakgeschäften geben.“ Dabei hatten solche Kontrollen in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Waren es 2019 noch 19 Einsätze, bei denen die Kontrolleinheit in Hamburg andere Behörden unterstützte, waren es im Vorjahr 36.“ (<https://www.abendblatt.de/hamburg/article237760879/hamburger-zoll-spezialinheit-wird-aufgeloeset-experten-befuerchten-schaden-fuer-sicherheit.html>)

„Wenn man bedenkt, dass allein die einfache Wegstrecke von Rendsburg bis zum Hamburger Stadtrand etwa 100 Kilometer beträgt, lässt sich leicht abschätzen, dass die Kontrolldichte nicht nur abnehmen wird, sondern auch wichtige Kontrollen (etwa der Shisha-Bars) teilweise ganz ausfallen werden. Insbesondere da auch die dann für Hamburg zuständige KEV personell keine Verstärkung erfahren wird. Weniger zuständiges Personal gleich weniger Kontrollen. Das kann auch keine noch so elegant verpackte Kosten-Leistungs-Rechnung verheimlichen!“, so der stellvertretende Bezirksvorsitzende der Zollgewerkschaft BDZ, Sebastian Harms

(https://www.bdz.eu/fileadmin/dokumente/Bezirksverbaende/BV_Nord/BV_Nord_Medien/BV_Nord_Info/OV_Infos_HZA_Hamburg_6_23.pdf).

Auch bei der Aufdeckung von Verstößen gegen das Waffen- und Betäubungsmittelgesetz durch die Kontrollen auf Autobahnen und Bundesstraßen ist die Spezialeinheit ein wesentlicher Akteur.

Harms weiter: „Bislang haben sich die Hamburger und Bremer KEV um die A1 gekümmert. Dies wird zukünftig nicht mehr der Fall sein. Letztere soll nach Oldenburg verlegt werden, womit sich weitere gravierende Löcher auftun werden.“

Dies ist ebenso inakzeptabel wie der Umstand, dass für Verbundeinsätze in Hamburgs Bezirken künftig Beamte aus Schleswig-Holstein anreisen müssen. Dies wird sogar von den SPD-Bundestagsabgeordneten Carlos Kasper und Falko Droßmann so gesehen, wie das „Hamburger Abendblatt“ in seiner Ausgabe vom 28. April 2023 berichtet.

Noch steht nicht fest, wann es zu der Auflösung der Einheit kommt, die Vorbereitungen laufen aber bereits, insofern ist der Handlungsdruck groß.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sich beim Bundesministerium für Finanzen ausdrücklich dafür einzusetzen, dass die „Kontrolleinheit Verkehrswege“ des Zolls in Hamburg erhalten bleibt;
2. weiterhin regelmäßig Verbundeinsätze in Hamburgs Bezirken durchzuführen;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Juli 2023 zu berichten.